



Initiativentschließung zur Demokratischen Republik Kongo

Der 29. Weltkongress der Internationalen der Öffentlichen Dienste, versammelt in Durban, Südafrika, 27.-30. November 2012, stellt fest:

Seit nahezu 6 Monaten müssen das kongolesische Volk und die gesamte Welt machtlos zusehen, wie sich unter dem Deckmantel einer inneren Rebellion erneut eine flagrante Verletzung der Menschenrechte durch Nachbarstaaten ausbreitet.

STELLT FEST die Rebellion ist nichts anderes als ein versteckter Versuch dieser Staaten, sich vor den Augen der gesamten nationalen und internationalen Gemeinschaft der reichen Bodenschätze der Provinzen, in die sie bereits einmarschiert sind oder eben einmarschieren, zu bemächtigen;

VERWEIST DARAUF, dass diejenigen, die hinter dieser Rebellion stehen, sich des legitimen Wunsches eines Teils der Bevölkerung nach Teilhabe an der Macht bedienen, um sich in die inneren Angelegenheiten einzumischen und ihren geheimen Machthunger zu stillen;

STELLT FEST, dass diese Situation die Lage der ArbeitnehmerInnen in diesem Land schwierig macht, zu einer Verschlechterung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen beiträgt und weiteren Menschenrechtverletzungen Tür und Tor öffnet, vor allem jenen, die in Kriegen an Frauen begangen werden;

UNTERSTREICHT Streitfälle innerhalb eines Volkes können auf dem Wege des Dialogs beigelegt werden; die Regierung hat bereits echte Vorstöße im Blick auf Verhandlungen unternommen;

STELLT die Nichteinhaltung der bereits von den Rebellen und der Regierung unterzeichneten Abkommen verstärkt die Verbitterung der Rebellen fest;

FORDERT die kongolesische Regierung auf, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um den Dialog mit den Rebellen, allen politischen Lagern und der Zivilgesellschaft wieder aufzunehmen, um zu vermeiden, dass das ganze Land in Chaos versinkt;

APPELLIERT **dringend** an alle Rebellen, den Dialog zu akzeptieren, ohne den sie ihre legitimen Ziele nicht erreichen können; denn selbst wenn sie den Krieg gewinnen, werden sie mit der der geschlagenen Partei verhandeln müssen, um ihrer neuen Regierung Legitimität zu geben;

Die PSI, eine Organisation, die die Menschenrechte verteidigt

EMPFIEHLT allen ihren Mitgliedsverbänden, ihre Solidarität mit der Gewerkschaft SOLSICO und ihren Mitgliedern in Nord-Kivu zu stärken, um ihnen zu helfen, ihren schwierigen Lebensbedingungen bis zur völligen Lösung des Problems standhalten können;

BITTET die Vereinten Nationen, die in diesen Angriff verwickelten Länder aufzufordern, ihre verabscheuungswürdigen Absichten dem kongolesischen Volk gegenüber aufzuge-

Die Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI) ist eine internationale Gewerkschaftsföderation. Sie vertritt 20 Millionen Frauen und Männer, die in mehr als 150 Ländern der Welt lebenswichtige öffentliche Dienste erbringen. Die PSI setzt sich für Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit ein und fördert den universellen Zugang zu hochwertigen öffentlichen Diensten. Die PSI kooperiert mit den Vereinten Nationen und deren Unterorganisationen und arbeitet in Partnerschaft mit anderen Gewerkschaftsorganisationen und Gruppen der Zivilgesellschaft.

ben, weil sich ihnen sonst die angeschlossenen ArbeitnehmerInnen in ihren Ländern in den Weg stellen würden;

EMPFIEHLT

allen Mitgliedsverbänden und Gewerkschaften des öffentlichen Sektors im Kongo, sich zu mobilisieren, um diesem Krieg ein Ende zu setzen.

Hier können alle [Kongressentschlösungen](#), das Aktionsprogramm und die neue Satzung heruntergeladen werden.